

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	1
<u>I. Kapitel</u>	
<u>Gegenstand, Untersuchungsschwerpunkt,</u>	
<u>Vorgehensweise</u>	3
1. Zur Definition und zur Wahl des Begriffs	
"Weiterbildung"	3
a) Vorstellungen des Strukturplans	3
b) Gründe für die Begriffsübernahme	5
2. Die Frage nach der Legitimation staat-	
lichen Handelns	12
a) Untersuchungsfeld	12
b) Zum Diskussionsstand	13
c) Grundlinien der Erörterung	16
3. Zur Eingrenzung und zum Gang der	
Untersuchung	17
a) Gebotene Beschränkungen	18
b) Methode und Themenabfolge	20
<u>II. Kapitel</u>	
<u>Ausgangspunkte staatlichen Handelns</u>	24
1. Zur "Universalität" und Begrenzbar-	
keit staatlicher Tätigkeiten	25
a) "Allmacht" des Staates	26
b) Regelung durch "geordnete Verfahren"	29

2. Zu einigen Grundfragen von "Staat" und "Gesellschaft"	34
a) Ausgangslage	34
b) Zum Begriff des "Staates"	37
c) Das "dualistische Verhältnis" von Staat und Gesellschaft	40
3. Rationalität und staatliche Ordnung	48
a) "Materiale Rationalität" und moderner Staat	48
b) Prozesse der Konsensbildung und der Rationalität	57
4. Verfassung und Staatsaufgaben	66
a) Zur Legitimation der Verfassung	67
b) Staatsaufgaben und Rechtsnormen	78
c) "Staatszweck" und "öffentliche Aufgaben" ..	83
d) Aufgabenträger, Kompetenzen und Befugnisse	88
e) Zur "Selbstverpflichtung" des Staates	91

III. Kapitel

Bestimmungen zur Förderung der Weiterbildung

<u>und staatliche "Vorsorge für das Sein"</u>	95
1. Erwähnung von Förderungspflichten in Verfassungssätzen	95
a) Weimarer Reichsverfassung	96
b) Grundgesetz	101
c) Länderverfassungen	111
d) Förderungsgrundlagen und "außer-juristische Faktoren"	118

2. Von der Förderung zur Gewährleistung	123
der Weiterbildung	
a) Zum Begriff der "Förderung"	125
b) "Öffentliche Gewährleistung" der Weiterbildung	140
3. Gewährleistungspflichten und "Daseins- vorsorge"	148
a) Zur unkritischen Rezeption der "Daseinsvorsorge"	148
b) Entstehungsgeschichte und Inhalt der "Daseinsvorsorge"	154
c) "Daseinsvorsorge" als angebliche Legitimationsgrundlage für staatliches Handeln	159
d) Kritik aus politologisch-soziologischer Sicht	163

IV. Kapitel

Zur Begründung staatlicher Gewährleistung

des Weiterbildungsbereiches

174

1. Sozialstaatsprinzip und Weiterbildung	176
a) Sozialstaatsinhalte und ihre Über- tragung auf den Bildungsbereich	177
b) "Sozial" als Attribut jedes Staates	183
c) Verkürzung des Sozialstaatsgedankens auf "Daseinsvorsorge"	185
d) "Sozialanalyse" als erster Sozial- staatsgrundsatz	191
e) Der Bezug von Analyse und Mittel bei der "Herstellung sozialer Gerechtigkeit" ..	197

f)	Zum Verhältnis von Sozialstaat und Rechtsstaat	204
g)	Beziehungsdefizite von Analyse und Mittel und Handlungsfelder der Weiter- bildung	207
2.	Grundrechtsordnung und Weiterbildung	216
a)	Zur Ausgangslage der Grundrechts- interpretation	216
b)	Negatorische Funktion der Grundrechte	220
c)	Grundrechte als "objektive Wertordnung"...	223
d)	Die Wiederentdeckung des "homme situé" im neueren Grundrechtsdenken	232
e)	Zur Kritik an der Aufgabenerweiterung der Grundrechte	236
f)	Vom Wirklichkeitsbezug der Grundrechts- norm zu Staatspflichten	240
3.	Demokratieprinzip und Weiterbildung	252
a)	Eingrenzungen des Prüfungsvorhabens	255
b)	Einleitende Bemerkungen zum grundge- setzlichen Demokratiebegriff	257
c)	Zur Verbindung von Teilnahmequantität und Entscheidungsqualität	262
d)	Teilnahme am politischen Prozeß ("input"-Probleme)	267
e)	Entscheidung und Repräsentation im poli- tischen Prozeß ("output"-Probleme)	270
f)	Grundvoraussetzungen politischer Meinungs- und Willensbildung	281
g)	Aufgaben der Weiterbildung und Folgerun- gen für das Staatshandeln	290

4. Verpflichtungsfolgen und Verfassungsgeltung	299
a) Gesetzgebungspflichten und Grundlagentrias	299
b) Grundangebote und staatliche Trägerschaft	305
c) Pluralität , Subsidiarität, Staatsaufgabe	315
d) Aufgabenkatalog und Prioritätsproblem ...	322
e) Lehrfreiheit im Weiterbildungsbereich ...	327
f) Verfassungsnorm, staatliche Wirklichkeit und Funktion der Weiterbildung	331

V. Kapitel

<u>Zum Individualanspruch auf Weiterbildung als angenommenem "Grundrecht"</u>	344
1. Herleitungsversuche für ein Bildungsgrundrecht	344
a) Das "Bürgerrecht auf Bildung" als "soziales Grundrecht"	345
b) Das "Grundrecht auf Bildung" im sozialen "Leistungsstaat"	350
2. "Soziale Grundrechte" und Weiterbildungsziele	357
a) Die Bereiche der "Sozialrechte" und ihr historischer Hintergrund	358
b) Die Divergenz von Bildungsansprüchen und Sozialansprüchen	367

3. Grundrechtliche Weiterbildungsansprüche und demokratische Verfassungsordnung	374
a) Denkbare Anspruchstypen und Länder- verfassungsrecht	374
b) Das Recht auf Zugangsgleichheit als "derivatives Teilhaberecht"	380
c) Auswirkungen des Teilhaberechtes auf die staatliche Organisation des Weiter- bildungsbereiches	385
d) Ablehnung eines "Leistungsgrundrechtes" auf Weiterbildung	394

VI. Kapitel

Ansatzpunkte der Bildungs- und Verfassungspolitik. 408

1. Ein verfaßtes "Grundrecht auf Weiterbildung" als politische Zielvorstellung	410
a) Gründe für die Aufnahme	411
b) Gründe gegen die Aufnahme	415
c) Schlußfolgerungen	421
2. Zur Begründung des Anspruchs auf "regel- mäßige Bildungsteilnahme"	425
a) Das Schlagwort "Bildungsurlaub"	425
b) Herkömmliche Begründungen	430
c) Überlegungen zu anderen Begründungs- elementen	435
d) Rechtliche und politische Auswirkungen	441
3. Bildungsbezogene Staatszielbestimmung als verfassungsrechtliches Leitprinzip	445
a) Weiterbildung als Verfassungsnorm	446
b) Weiterbildung als "Institut materialer Rationalität"	451

c) Nachtrag	456
<u>Ergebnisse und Schlußbetrachtung</u>	460
Abkürzungsverzeichnis	470
Literaturverzeichnis	472